

Aus dem Inhalt

Vom sozial-ökologischen Umbruch ...	1
Kommission beharrt auf	
Investitionsschutzbestimmungen	7
Europäische Kommission als	
Hotspot des Lobbyismus	9
Europa 2020: Mid-Term-Crisis	12
Krise in Spanien	16
Wettbewerbspakt 2.0 –	
Pensionen, Mieten, Arbeitsrecht	20

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Sechs Jahre Krise. Drei Rezessionen. Und jetzt Deflation! Die neoliberale Integrationsweise der EU ist gescheitert, nur ein verschwindender Anteil der Bevölkerung profitiert von ihrer Vertiefung. Dass die tiefe Entdemokratisierung der Grund dafür ist, dass dennoch kein sozial-ökologischer Umbruch stattfindet, thematisieren Markus Marterbauer und Lukas Oberndorfer. Welchen Anteil daran der Lobbyismus auf EU-Ebene hat, beleuchtet Neva Löw.

Elisabeth Beer zeigt, dass die Eliten dies und jenseits des Atlantiks längst daran arbeiten, ihre Erfolge durch Freihandelsabkommen abzusichern und auszubauen. Wettbewerbsfähigkeit nach außen richtet sich immer auch nach innen:

In Spanien werden auf ihrem Altar Arbeitsrecht und soziale Infrastruktur geopfert, so Nikolai Huke und Tobias Haas. Neoliberale Struktur-reformen, die jetzt – geht es nach der neuen Kommission – auf alle Euro-Staaten ausgedehnt werden sollen, wie Lukas Oberndorfer zeigt.

Was geschehen muss, damit die Europa-2020-Strategie Teil des anstehenden Umbruchs und nicht des „Weiter wie bisher“ wird, erfahren wir von Michael Heiling.

Ihr Redaktionsteam

Die Verselbständigung neoliberaler Wirtschaftspolitik in der EU

Vom sozial-ökologischen Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt¹

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben sich wirtschaftspolitisch seit mehreren Jahrzehnten dem neoliberalen Modell verschrieben. Im Mittelpunkt steht die Schaffung freier Märkte, auch und besonders auf den Finanzmärkten, die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf Preisstabilität und ausgeglichene öffentliche Haushalte. Doch die Bedingungen für die Fortsetzung und Vertiefung dieses Modells haben sich im Zuge der Finanzkrise wesentlich verschlechtert – ökonomisch, ideologisch und auch politisch. Dennoch erscheint eine sozial-ökologische Wende in den kommenden Jahren aufgrund der tiefgreifenden Entdemokratisierung vorerst blockiert.

Markus Marterbauer und Lukas Oberndorfer

Ökonomisch wird das Scheitern der neoliberalen Krisenpolitik immer deutlicher. Im siebten Jahr der Krise ist kein Ende absehbar. Im Gegenteil, die Eurozone taumelt bereits zum dritten Mal in diesem kurzen Zeitraum in eine Rezession. Am Beginn der Krise stand der von den Vermögenden und zentralen AkteurInnen der finanzmarktgetriebenen Akkumulation² durchgesetzte Glaube an das theoretische Konstrukt freier, effizienter und wohlstandsschaffender (Finanz-)Märkte. Die Folge war eine tiefe systemische Finanz- und Wirt-

schaftskrise in den Jahren 2007/08. Seither kommt die Regulierung und Schrumpfung des Finanzsektors kaum voran und die von ihm produzierten Kosten werden in großem Stil auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit dem raschen Umschwenken auf einen harten Austeritätsskurs wurde die zweite Rezession der Jahre 2012/2013 von der Wirtschaftspolitik selbst verursacht. Sie beruhte neuerlich auf der neoliberalen Annahme, dass restriktive Budgetpolitik expansive Effekte in Bezug





auf Wachstum und Beschäftigung entfalten kann („non-keynesian effects“). Zusammen mit der aktiven Lohnsenkungspolitik in den Krisenländern³ entstanden so jene Kräfte, die die Eurozone nun in eine Deflation getrieben haben. Dieser Prozess

Austerität und aktive Lohnsenkung haben in die Deflation geführt. Ein Prozess der viel weiter vorangeschritten ist, als allgemein vermutet.

ist bereits viel weiter vorangeschritten als allgemein vermutet und er ist äußerst gefährlich. Deflation erhöht den realen Wert der Schulden von Haushalten, Unternehmen und Staaten, verhindert so die notwendigen Bilanzrestrukturierungen und führt direkt in eine massive Verschärfung der Problematik fehlender effektiver Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Der Wirtschaftspolitik drohen dabei sehr schnell alle Instrumente zum Gegensteuern auszugehen, wie etwa die Geldpolitik derzeit erfährt.

Ausgangsbedingungen für eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik objektiv günstig

Neben die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, die dadurch massiv steigenden Schuldenstände und die stark gewachsene Armut und Arbeitslosigkeit tritt nun also die Gefahr der Deflation. Fast scheint es so als wären die Kernforderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik für diese Situation entwickelt worden:

- Investitionen in soziale, ökologische und öffentliche Infrastruktur, um den dringend notwendigen Nachfrageimpuls auszulösen, den gesellschaftlichen Reichtum breiter zu verteilen und die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu stellen.

- Die Transparenz über die Verteilung von Vermögen und Einkommen zu erhöhen, Steueroasen zu schließen sowie Vermögensbestände und Erbschaften zu besteuern, um den finanziellen Spielraum für sozial- und beschäftigungspolitische Aufgaben wiederzugewinnen, Demokratie und Freiheit in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und eine gerechte Gesellschaft zu schaffen.
- Regulierung und Schrumpfung des Finanzsektors, um überhaupt erst die Bedingungen für eine Steuerung und Transformation und Demokratisierung der Wirtschaft zu schaffen.
- Neuregulierung der Arbeitsmärkte, die Prekarität zurückdrängt und zumindest eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung ermöglicht.
- Weiterentwicklung und Ausbau des „europäischen“ Sozialmodells, mit dem Ziel allen sozialen Schichten unabhängig von ihrer Herkunft gleichen Zugang zu essentiellen Leistungen zu ermöglichen.
- Eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit, um Räume zu öffnen für die Beteiligung aller nicht nur an den Erfordernissen der menschlichen Reproduktion (Familien-, und Hausarbeit), sondern auch am Bereich politisch-gesellschaftlicher Teilhabe und der Weiterbildung bzw. der „Arbeit an sich selbst“.⁴

Denn neben der damit verbundenen Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Masse, dem Einstieg in eine ökologische Lebensweise und der Verschiebung der Kräfteverhältnisse wäre eine Umsetzung dieser Kernforderungen in der Lage, jene expansiven Effekte auf die effektive Nachfrage zu generieren, welche Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Deflation wirksam bekämpfen könnten.

Die Ausgangsbedingungen für die angesprochene fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind mittlerweile objektiv günstig. Das wird spätestens

dann deutlich, wenn sich neoliberale Akteure zu partiellen Zugeständnissen veranlasst sehen: Im Juli 2014 überraschten der Chefökonom der EZB Peter Praet und der Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann mit der Forderung nach einer dreiprozentigen Lohnerhöhung in Deutschland.⁵ Mittelbar wird damit nichts weniger als die – durch das Schröder-Blair-Papier (1999) angestoßene – Agenda 2010 kritisiert, welche durch die Ausweitung des deutschen Niedriglohnssektors wesentlich für das Zurückbleiben deutscher Löhne verantwortlich ist und damit für eine der Ursachen der Krise in der Europäischen Union.⁶

Hegemoniekrise des Neoliberalismus – Eine neue Konjunktur für kritisches Denken

■ Auch die Fähigkeit des neoliberalen Entwicklungsmodells weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und zu überzeugen, verblasst zunehmend. Die zentralen im Rahmen der Europäischen Union durchgesetzten neoliberalen Projekte, eine monetaristisch ausgestaltete Wirtschafts- und Währungsunion⁷, die Liberalisierung der Märkte einschließlich jener für Finanzprodukte

Die Ausgangsbedingungen für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind mittlerweile objektiv günstig.

und die periphere Integration von Süd- und Osteuropa, haben massiv an Ausstrahlungskraft verloren. Nach sechs Jahren Krise stellt sich die Frage, wer noch Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Europäischer Kommission und Europäischem Rat hat? Wer kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre noch davon ausgehen, dass die Kosten der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise verursachergerecht getragen werden? Welche Arbeitenden



»

glauben etwa noch daran, dass die Finanzmärkte in der Lage sind eine angemessene Pensionsvorsorge zu sichern? Und wer im „Süden“ oder „Osten“, der nicht zur äußert kleinen Zahl der GewinnerInnen zählt, ist noch der Überzeugung, dass sich die eigenen Lebensbedingungen durch die gegenwärtige Form der Integration in die Europäische Union verbessern werden? Die neoliberale Integrationsweise steckt in einer tiefen Hegemoniekrise – die Zustimmung zu ihr erodiert zunehmend.⁸

Der Erfolg von Thomas Pikettys Werk *Capital in the 21st Century* (2014) belegt dies eindrucksvoll. Er hat verschiedene Gründe. Zum ersten kommt Piketty eigentlich aus dem akademischen Zentrum der Wirtschaftswissenschaften. Sein Buch symbolisiert damit auch die Abkehr der Wirtschaftswissenschaften vom neoklassischen Fundamentalismus und die Hinwendung zu einer auf umfangreichem Datenmaterial basierenden empirischen Ökonomie, die sich mit gesellschaftlichen Problemen beschäftigt. Zum zweiten trifft das Werk Pikettys auf ein verbreitetes Unbehagen über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in den reichen Gesellschaften Europas. Piketty belegt wie die Vermögenskonzentration uns wieder in eine Gesellschaft

Die neoliberale Integrationsweise steckt in einer tiefen Hegemoniekrise – die Zustimmung zu ihr erodiert zunehmend.

einzelmentierter und äußert hierarchischer sozialer Strukturen des 19. Jahrhunderts zurückzuwerfen droht. Er sieht dadurch selbst die bürgerliche Demokratie gefährdet.

Gleichzeitig positionieren sich etablierte Intellektuelle immer eindeu-

tiger gegen den Neoliberalismus in all seinen Spielarten – vom Neokonservatismus bis hin zum dritten Weg. Jürgen Habermas etwa spricht angesichts des Beschlusses des Fiskalpaktes und mit Bezug auf die geplanten Verträge für Wettbewerbsfähigkeit davon, dass diese Politik eine Aushöhlung der Demokratie in Europa zur Folge habe und sich zunehmend eine freischwebende, parlamentarisch ungebundene Exekutive herausbilde.⁹ Eine Rückkehr zu Marx, ohne den sich die „aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften [...] nicht auch nur annähernd verstehen“ lasse, fordert gar der ehemalige Berater von Gerhard Schröder Wolfgang Streek.¹⁰ Es scheint fast so, als wolle er damit Anschluss an eine Dynamik finden, die in den letzten Jahren entstanden ist: In den USA und auch in Europa lässt sich ein Comeback kritischer Gesellschaftstheorie konstatieren.¹¹ Die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus – die Ausbeutung und Verwüstung von Mensch und Umwelt durch den Zwang zur Akkumulation – und seine Transformation und Überwindung werden seit Ausbruch der Krise wieder verstärkt thematisiert.¹²

Krise der Politik ■ Und auch im Feld institutioneller Politik entfaltet sich die Hegemoniekrise des Neoliberalismus. Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag, belegen dies auch die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014. In „Westeuropa“ strafte die Bevölkerung weitgehend jene Regierungsparteien ab, die sie für die Umsetzung der beiden Säulen der neoliberalen Krisenpolitik (Sparen bei öffentlicher Infrastruktur und Lohn- & Sozialdumping für mehr Wettbewerbsfähigkeit) verantwortlich macht. Im konservativen Lager bedeute dies etwa in Spanien, Italien und Griechenland Verluste zwischen 10 und 20%. Die an der Umsetzung der neoliberalen Krisenpolitik beteiligten Sozialdemokratien fanden sich

Ohne Marx lässt sich die „aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften nicht auch nur annähernd verstehen.“

gar teilweise als Kleinparteien wieder, die zwischen 6 und 14% zum Liegen kamen – etwa in Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden. In „Osteuropa“ schlug sich die Kritik an der europäischen (Krisen-)Politik vor allem in der äußert geringen Wahlbeteiligung nieder. Am augenfälligsten ist dieser Trend in Lettland, eines jener Länder, das als erstes zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen wurde: Die Wahlbeteiligung brach um rund 24% ein. Abseits von drei Ausnahmen ging die Wahlbeteiligung in allen „osteuropäischen“ Ländern stark zurück. In Slowenien und der Tschechischen Republik betrug die Wahlbeteiligung nur noch rund 20, in der Slowakei gar nur noch 13%.

Auch der Aufstieg rechtsextremer Parteien lässt sich als Antwort auf die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus lesen. So vertritt etwa der Front National in Frankreich nicht nur eine Politik, die MigrantInnen zu den Sündenböcken gesellschaftlicher Fehlentwicklung macht, sondern konnte auch durch die partielle Übernahme von Forderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik reüssieren. Ganz in jenem Tonfall, den François Hollande bis zu seiner Wahl zum französischen Präsidenten pflegte, warnt Marine Le Pen die deutsche Bundeskanzlerin vor einer Fortsetzung der Sparpolitik: „[Merkel] glaubt, man könne Politik machen gegen die Bevölkerungen.“ Das werde „zur Explosion der EU führen.“¹³ Da die Unterstützung für den Front National aber stark auf Kapitalfraktionen zurück geht, die auf den nationalen Binnenmarkt orientiert sind, erfolgt die Übernahme von nicht-neoliberalen Positionen äußerst selektiv: Während z. B. auch sozial-ökologische Schutzzölle eingefordert werden, erhebt der Front National keinerlei Forderungen »



im Bereich von Vermögens- und Unternehmensbesteuerung, Mindestlöhnen und Arbeitsrecht.¹⁴

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass in jenen Ländern, in denen Parteien sich glaubhaft bemühen, an einer kohärenten fortschrittlicher Wirtschaftspolitik zu arbeiten und für diese einzutreten, der Zuwachs der extremen Rechten schwach blieb. Während in Spanien und Griechenland die Linke 14 bzw. 22% dazu gewinnen konnte, war der Zuwachs der Rechten gering. Das Lager der extremen Rechten in Griechenland¹⁵ wuchs gerade mal um 3% an. In Spanien konnte sich abseits der Partido Popular, welche mehr als 15% verlor, keine extrem-rechte Partei neu etablieren.

Die Blockierung des anstehenden Umbruchs ■ Dass sich die beschriebenen Umbrüche der letzten Jahre noch kaum auf die europäische Politik übertragen und bisher nicht dazu führen, dass das „Weiter wie bisher“ brüchig wird, lässt sich mit den tiefen Spuren erklären, welche die neoliberale Integrationsweise in den euro-

Auch der Aufstieg rechtsextremer Parteien lässt sich als Antwort auf die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus lesen.

päischen Strukturen hinterlassen hat – Pfadabhängigkeiten, von denen nur unter erheblichen Anstrengungen abgewichen werden kann.

Einen zentralen Teil der damit angesprochenen Strukturen bildet der neue Konstitutionalismus¹⁶: Seit spätestens Mitte der 1980er Jahre gelang es einem neoliberalen Reformbündnis aus Unternehmerverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, den nationalen Wirtschafts- und Finanzministerien, neoliberalen Staatschefs und der Europäischen Zentralbank monetaristische und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in der Europäischen „Verfassung“ zu verankern und dadurch vor ihrer Infragestellung durch Kritik und Protest zu bewahren: Die Refinanzierung von Staaten darf nur über die Finanzmärkte erfolgen, die gemeinsame Besteuerung von Unternehmen-, Kapital- und Finanztransaktion kann

nur einstimmig beschlossen werden, Marktfreiheiten dürfen nicht beschränkt werden und ein rigides Set fiskalischer Regeln (insbesondere der Fiskalpakt und der Stabilitäts- und Wachstumspakt) erschwert expansive Investitionen in öffentliche soziale und ökologische Infrastruktur – und damit sind bei weitem noch nicht alle neoliberalen Arrangements der europäischen Verfassung aufgezählt.

Vor dem Hintergrund des wegbrechenden Konsenses hat sich der neue Konstitutionalismus autoritär transformiert: Während die angeführten neoliberalen Normen vor der Krise noch ordnungsmäßig durch Änderungen der europäischen Verträge verabschiedet wurden, erleben wir seit der Krise die Umgehung durch Völkerrecht (Fiskalpakt) und Verordnungen ohne Kompetenzgrundlage (wie mehrfach im Fall der „New Economic Governance“).¹⁷

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren mit einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus¹⁸ rechnen »

EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen



Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.



müssen. Vor dem Hintergrund des Problemdrucks, der vom ökonomischen, ideologischen und politischen Feld ausgeht, lässt sich neoliberale Politik kaum noch demokratisch durchsetzen. Dementsprechend hielt der scheidende Präsident des Europäischen Rates zuletzt fest, dass der weitere Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion ohne Änderung der Verträge geschehen müsse, andernfalls könnten Referenden zu unerwünschten Niederlagen und Blockaden führen.¹⁹ Und auch der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lässt keine Zweifel, dass er die „Wettbewerbsfähigkeit Europas“²⁰, die genaue „Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“²¹ und „weniger Regulierung und mehr Flexibilität“²² mit allen Mitteln durchsetzen möchte – notfalls auch abseits der europäischen Verfassung. Anders kann seine Forderung nach Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des ersten Jahres seine Amtszeit und ohne Änderung der Europäischen Verfassung nicht verstanden werden. Denn die Verfassung sieht eine Kompetenzgrundlage für Verträge über Strukturreformen

(etwa im Bereich des Sozial-, Pensions- und Arbeitsrecht) im Gegenzug zu finanziellen Anreizen schlicht nicht vor.²³

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren mit einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus rechnen müssen.

Die Prognose einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus stellte auch jüngst Jürgen Habermas: Die Regierenden würden die „Schotten dicht machen“, um eine „übergreifende exekutive Macht, die sie in den Jahren der Krise auf dem Wege undemokratischer Selbstermächtigung ausgebaut haben“ gegen ihre Infragestellung abzusichern.²⁴ Selbst die OECD diagnostiziert strukturelle Gründe für autokratische Tendenzen: „Das dunkle Szenario ist, dass steigende Ungleichheit zu steigender ökonomischer Instabilität und sozialem Stress führt. Das bringt

mannigfaltige soziale Bewegungen hervor, [die] eine autoritäre Antwort provozieren [könnten], eine Ausweitung des Überwachungsstaates und die Einschränkung von Grundrechten [...]“²⁵

Punktueller Zugeständnisse, um die neoliberale Integrationsweise zu erhalten

Wie die Forderungen nach einer Steigerung deutscher Löhne zeigen, zeichnen sich gleichzeitig auch punktueller Zugeständnisse an. Um die neoliberale Integrationsweise als solche zu erhalten, wird notfalls das Ventil geöffnet, ohne dass dadurch die neoliberale Verfasstheit in Frage gestellt wird. Ob diese Zugeständnisse dann aber jene Ausrichtung aufweisen, die von kritischen ÖkonomInnen eingefordert wird²⁶, ist mehr als fraglich. Vielmehr sind Abweichungen von einem rigiden Sparkurs in Bereichen zu erwarten, wo durchsetzungskräftige Akteure und die Interessen zur Schaffung bzw. Sicherung von neuen Märkten zusammentreffen. So debattierten die europäischen FinanzministerInnen im Juni einen Vorschlag, der mit Hinweis auf



- 1) Stephan Lessenich/Mario Neumann/Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti, *Anders regieren? – Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt* (2014).
- 2) Alex Demirović/Thomas Sablowski, *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, in Roland Atzmüller/Joachim Becker/Ulrich Brand/Lukas Oberndorfer/Vanessa Redak/Thomas Sablowski (Hg.), *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie* (2013) 187ff.
- 3) Thorsten Schulten/Torsten Müller, *Ein neuer europäischer Interventionismus? – Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft*, 2013, 291; Phillip Heimberger, „Innere Abwertung“ in Südeuropa: *Erwartungen, Ergebnisse und Folgen, Wirtschaft und Gesellschaft* 2014, 235.
- 4) Frigga Haug, *Die Vier-in-einem-*

- Perspektive – Politik von Frauen für eine neue Linke* (2008)
- 5) Philip Pickert/Dietrich Creutzburg, *Bundesbank-Chef für 3 Prozent Lohnanstieg*, FAZ v. 30.7.2014.
- 6) Steffen Lehndorff, *Der eingebildete Gesunde – Die neue Karriere des "Modells Deutschland"*, in Steffen Lehndorff (Hg.), *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisted* (2014) 131ff.
- 7) Ingo Stützle, *Austerität als politisches Projekt – Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise* (2013).
- 8) Siehe dazu ausführlich Lukas Oberndorfer, *Die Renaissance des autoritären Liberalismus? – Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der "Massen" in die europäische Politik*, PROKLA 2012, 413; online unter: <http://bit.ly/1720Ylz>.
- 9) Jürgen Habermas, *Im Sog der Techno-*

- kratie – Ein Plädoyer für europäische Solidarität*, in Jürgen Habermas (Hg.), *Im Sog der Technokratie* (2013) 89f.
- 10) Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* (2013) 18.; ders., *How will Capitalism end?*, *New Left Review* 2014, 35.
- 11) Robert Misik, *Lasst es uns mit Marx versuchen*, taz v. 8.8.2014.
- 12) Ulrich Brand, *Das bornierte Streben nach Profit*, FAZ v. 28.7.2014.
- 13) Le Pen warnt Merkel vor „Explosion der EU“, *Handelsblatt* v. 1.6.2014.
- 14) Bernhard Schmid, *Wirtschaftskrise und extreme Recht – Wie der Front National versucht von Verwerfungserscheinungen der Krise zu profitieren*, *trend-onlinezeitung* 1/12, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0112/420112.html> (15.10.2014).
- 15) Zwar erzielte die Goldene Morgenrö-

die Krise in der Ukraine für die Ausnahme steigender Militärausgaben aus der Defizitberechnung argumentierte. Schließlich seien mit der Zunahme militärischer Konflikte genau jene „außergewöhnlichen Umstände“ erreicht, welche man laut Fiskalpakt mildernd berücksichtigen dürfe.²⁷

Den sozial-ökologischen Umbruch organisieren ■ Wenn man aber praktisch mit dem „Aberglaube brechen möchte, dass die Wahrheit sich selber Bahn breche“ (Ernst Bloch), stellt sich die Frage, wie eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Transformation der europäischen Wirtschaft gelingen kann? Wer daran glaubt, dass sie allein durch eine Neuzusammensetzung des politischen Personals gelingen kann, ist zuletzt durch François Hollande enttäuscht worden.²⁸ Nachdem er im Jänner 2014 mit seinem „Pakt für Verantwortung“ endgültig auf die neoliberale Wettbewerbsorientierung²⁹ eingeschwenkt ist, erzwang er im August den Rücktritt der Re-

gierung, um die letzten KeynesianerInnen von Ministerämtern zu entfernen. Auslöser waren die letzten Worte Arnaud Montebourgs als Wirtschaftsminister: „Selbst, wenn die Franzosen für die französische Linke votieren, wählen sie das Programm der deutschen Rechten! Das ist inakzeptabel.“³⁰ Diese Entfernung kritischer Stimmen von Ämtern oder Mandaten ist kein Einzelfall in Europa. Vor dem Hintergrund des steigenden Problemdrucks lässt sich neoliberale Regierungspolitik, wie bereits erwähnt, zunehmend nur noch autokratisch durchsetzen.

Aus der Beobachtung der entsprechenden Prozesse lässt sich ableiten, dass über Jahre etablierte, neoliberale Pfadabhängigkeiten nur durch Druck eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses aufgebrochen werden können. Gerade weil sich Wahrheiten nicht selbst zum Durchbruch verhelfen, stehen die UnterstützerInnen einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik vor der Herausfor-

Die Entfernung kritischer Stimmen von Ämtern oder Mandaten ist kein Einzelfall in Europa.

derung, ein Mosaik³¹ zusammenzusetzen, das kritische Wissenschaft, soziale Bewegungen, die Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien, grenzüberschreitend zu einem kohärenten Projekt zusammenfügt, das in der Lage ist, den autoritären Konstitutionalismus herauszufordern. Anregungen, wie sich ein solches Projekt europäisch entwickeln ließe, geben die Entwicklungen in den „südlichen“ Krisenländern³², in denen viele wieder damit begonnen haben, was Max Frisch einst als das Eigentliche des Politischen ausgeben hat: „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Markus Marterbauer ■ AK Wien
markus.marterbauer@akwien.at

Lukas Oberndorfer ■ AK Wien
lukas.oberndorfer@akwien.at

te 9,3% und gewann damit 8,8% dazu, gleichzeitig verlor die rechtsextreme LAOS jedoch mehr als 5% und hält nun bei 2,7%.

16) Stephen Gill, *European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe*, *New Political Economy* 1998, 5.

17) Siehe dazu ausführlich Lukas Oberndorfer, *From New Constitutionalism to Authoritarian Constitutionalism: New Economic Governance And the State of European Democracy*, in Jäger/Springler, *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives* (im Erscheinen).

18) Lukas Oberndorfer, *Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie*, *juridikum* 2013, 76; online unter <http://bit.ly/156xQso>.

19) Eric Bonse, *Der neue Eliten-Konsens* <http://lostineu.eu/der-neue-gefa->

ehrliche-konsens/ (15.10.2014).

20) Juncker, *Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission*, 15. Juli 2014, S. 3.

21) Ebd. S. 4.

22) Ebd. S. 4.

23) Lukas Oberndorfer, *Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie*, *juridikum* 2013, 76; online unter <http://bit.ly/156xQso>.

24) Jürgen Habermas, *Europa wird direkt ins Herz getroffen*, *FAZ* v. 29.5.2014.

25) Lars Osberg, *Can Increasing Inequality be a Steady State?* *OECD Statistics Working Papers* 2014/01 (2014) 35; Übersetzung durch die Autoren.

26) Markus Marterbauer, *Skizze einer ökonomisch vernünftigen Budgetpolitik*, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oekonomisch-vernueftige-budgetpolitik> (29.8.2014).

27) *Hohe Militärausgaben – EU-Staaten planen neuen Anschlag auf Stabilitätspakt*, *Spiegel-Online* v. 27. Juni 2014 (<http://>

www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-staaten-wollen-defizitregeln-des-stabilitaetspakts-aushebeln-a-977790.html).

28) Insofern ist auch der Retrospektive von Paul Krugman zu widersprechen, dass Hollande ohne breite gesellschaftliche Bewegung der „Leader“ hätte sein können, der Europa vom Sparkurs abbringt. Siehe dazu Paul Krugman, *The Fall of France*, *The New York Times* v. 28.8.2014.

29) Georg Feigl/Sepp Zuckerstätter, *Wettbewerbs(des)orientierung*, *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 117.

30) Rudolf Balmer, *Frankreich: Die provozierte Regierungskrise*, *Die Presse* v. 25.8.2014.

31) Hans-Jürgen Urban, *Stillstand im Merkeland: Wo bleibt die Mosaik-Linke*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2014, 73.

32) Mario Candeias/Eva Völpel, *Plätze sichern! – Re-Organisierung der Linken in der Krise – Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaiks* (2013).